

# Wirtschaft

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **28 (1936)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Einkommen der meisten selbständigen Kleinhändler wurden während der Krise stark gedrückt; häufig deckt die Handelsspanne kaum mehr die Kosten. Und trotzdem ist die Widerstandskraft der meisten Kleinbetriebe ausserordentlich gross, dies deshalb, weil der Lebensmittelhandel sehr oft, besonders auf dem Lande, nur als Nebenerwerbszweig betrieben wird. Von vielen, die einen eigenen Laden besitzen, wird die Unabhängigkeit, die häufig ja nur illusorisch ist, hoch geschätzt. Die Achtung, die in der Regel dem selbständigen Kaufmann im Dorf entgegengebracht wird, spielt da auch eine Rolle, ebenso wie die Furcht vor Arbeitslosigkeit.

Ausser der wirtschaftlichen Berechtigung, die der selbständige Kleinhändler teilweise zweifellos noch besitzt, besteht unter den gegenwärtigen Umständen auch noch eine soziale Notwendigkeit des kleinen Lebensmittelgeschäftes. Die Läden werden häufig von alten Leuten betrieben, die sonst keine Erwerbstätigkeit mehr finden würden. Die Zahl der verwitweten Ladenbesitzerinnen ist sehr gross. Von den selbständig erwerbenden weiblichen Personen im Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln sind 37 Prozent Witwen. Solange wir in der Schweiz noch keine Alters- und Hinterbliebenenversicherung besitzen, bildet der Kleinhandel für diese Bevölkerungskreise häufig die einzige Existenzmöglichkeit.

---

## Wirtschaft.

### Die Bautätigkeit in der Schweiz.

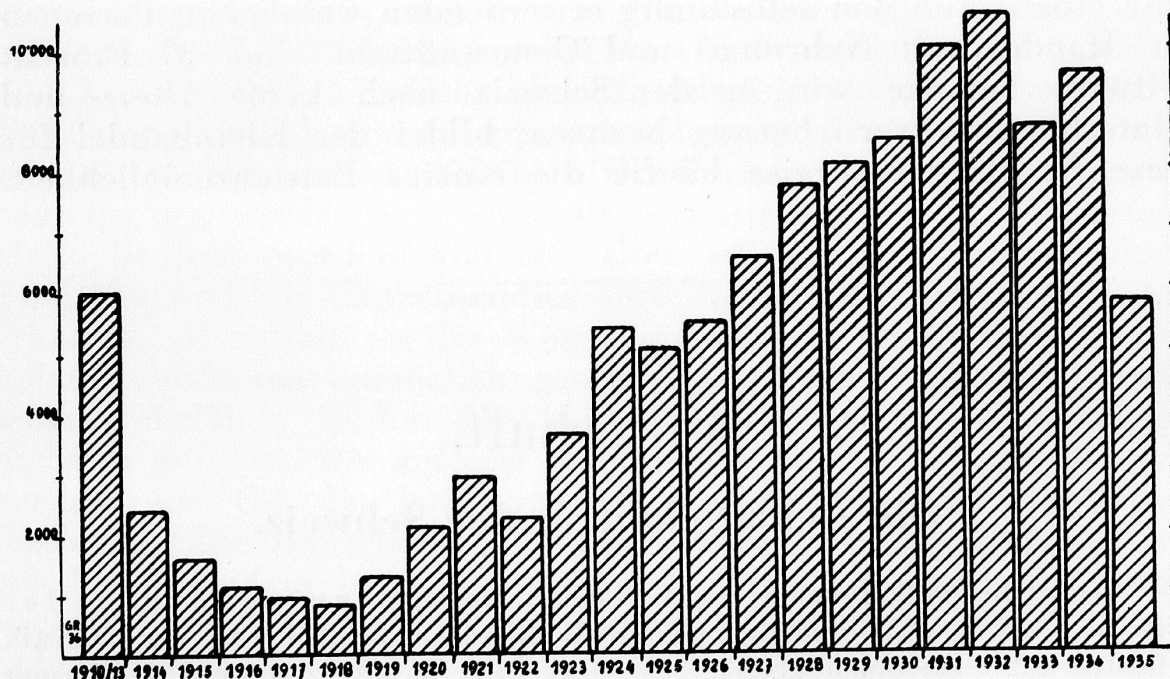
Das Jahr 1935 brachte einen eigentlichen Zusammenbruch der Bautätigkeit. Die fertigerstellten Wohnungen in den von der Statistik erfassten 382 Gemeinden gingen gegenüber dem Vorjahr um rund 40 Prozent zurück. Die Zahl der Baubewilligungen fiel ebenfalls um 40 Prozent, so dass die Bautätigkeit weiterhin zusammenschrumpfen wird. Die vor einigen Jahren noch sehr günstige Lage des Baugewerbes trug lange Zeit dazu bei, dass sich die Wirtschaftskrise auf dem Arbeitsmarkt der Schweiz nicht sehr stark auswirkte. In den ersten Jahren der Wirtschaftskrise dehnte sich nämlich die Wohnungsproduktion immer noch aus. Der Arbeitsmarkt wurde dadurch wesentlich entlastet. Es war zu hoffen, dass diese Entwicklung noch einige Jahre hindurch sich fortsetzen werde, dass die gute Lage auf dem Baumarkt die Wirtschaftskrise überdauern werde. Der Rückgang ist nun jedoch nicht zuletzt infolge der sinkenden Einkommen rasch erfolgt. Er fällt mitten in die Krisenzeit der Exportwirtschaft, und es entstand dadurch ein eigentlicher Zusammenbruch des Baumarktes.

Nach 1929 stieg in 342 beobachteten Gemeinden die Zahl der fertigerstellten Wohnungen fortgesetzt bis 1932, nämlich von 12,912 auf 17,360. 1933 bröckelte sie etwas ab, um 1934 wieder anzusteigen und dann 1935 plötzlich auf

9321 zurückzugehen. In 26 Städten kann die Bewegung bis in die Vorkriegszeit zurück verfolgt werden. Die Entwicklung der neuerstellten Wohnungen in diesen Städten gestaltete sich folgendermassen:

	Zahl der Wohnungen			Zahl der Wohnungen	
	absolut	1910/13 = 100		absolut	1910/13 = 100
1914	2,431	39,9	1925	5,029	82,6
1915	1,617	26,6	1926	5,473	89,9
1916	1,231	20,2	1927	6,516	107,0
1917	993	16,3	1928	7,765	127,5
1918	909	14,9	1929	8,130	133,5
1919	1,306	21,4	1930	8,447	138,7
1920	2,163	35,5	1931	10,043	164,9
1921	2,971	48,8	1932	10,597	174,0
1922	2,344	38,5	1933	8,783	144,2
1923	3,663	60,2	1934	9,661	158,7
1924	5,458	89,6	1935	5,829	95,7

Neuerstellte Wohnungen in 26 Städten.



In der Kriegs- und in der ersten Nachkriegszeit lag die Produktion fast ganz darnieder. Den tiefsten Stand erreichte sie 1918. Sie betrug damals nicht einmal mehr 15 Prozent der Vorkriegsproduktion und stieg dann langsam, zuerst vor allem mit Hilfe öffentlicher Mittel. 1924 setzte eine durchgreifende Neubelebung ein, die ihren Höchststand 1932 erreichte. 1935 sank die Produktion wieder unter das Niveau von 1910/13.

Die hohen Ziffern der Jahre 1928—1934 erklären sich vor allem dadurch, dass die Aussetzung der Bautätigkeit während den langen Kriegs- und Nachkriegsjahren nachgeholt werden musste. Die Nachfrage nach Wohnungen war lange Zeit hindurch sehr gross. Deshalb war die Produktion während einigen Jahren übernormal gross, wobei man allerdings die Zahl von 1910/13 nicht als normal für die heutigen Verhältnisse betrachten darf, da unsere Wohnbevölkerung zunahm und die Zahl der Haushaltungen sogar noch stärker anstieg. Die Nachholungserscheinung ist übrigens nicht einmal ganz abgeschlossen

worden. In der Gesamtperiode von 1914—1935 wurden im Jahresdurchschnitt nämlich nur 5062 Wohnungen gebaut, also eine jahresdurchschnittliche Erzeugung, die unter dem Niveau der letzten Vorkriegsjahre liegt. Dies deutet darauf hin, dass der Abbruch des Wohnungsbaues durch die Verschärfung der Wirtschaftskrise beschleunigt und vergrössert wurde.

Leider ist dieser Prozess durch die öffentliche Bautätigkeit und durch die Subventionierung des privaten Wohnungsbaues nicht aufgehalten oder gemildert worden. Ganz im Gegenteil, die kommunalen und die subventionierten Bauten haben die Bewegung sogar noch ausgeprägter mitgemacht. Ueber die Entwicklung der Finanzierung orientiert folgende Uebersicht. Von 100 Wohnungen wurden in 382 (1926—1930 342) Gemeinden erstellt:

	Im Eigenbau der Gemeinde	Mit öffentlicher Finanzhilfe	Ohne öffentliche Finanzhilfe
1926	2,4	22,4	75,2
1927	1,3	15,6	83,1
1928	2,2	16,7	81,1
1929	0,8	17,9	81,3
1930	0,4	13,4	86,2
1931	2,2	15,8	82,0
1932	0,3	9,5	90,2
1933	0,4	3,1	96,5
1934	0,4	2,7	96,9
1935	0,2	3,9	95,9

Abgesehen von der Lage vor 1929 war der subventionierte und kommunale Wohnungsbau 1931 am grössten, also zu einer Zeit, in der die private Bautätigkeit noch sehr rege war. Nachher gingen sowohl die subventionierten Bauten wie die Wohnungsbauten der Gemeinden sehr stark zurück, so dass heute der Anteil des privaten, nicht subventionierten Wohnungsbaues grösser ist als in den Jahren der guten Baulage. Dies ist ein Missverhältnis. Es wurde von den Gemeinden zu sehr darauf geachtet, dass der Wohnungsbau rentiert. Die sozial- und die wirtschaftspolitische Aufgabe ist in den Hintergrund gestellt worden. Es wird immer wieder der gute Grundsatz vertreten, dass der staatliche und kommunale Wohnungsbau in den Zeiten besonders gefördert werden soll, in denen die private Bautätigkeit aussetzt, um diese anzuregen. Dieses Prinzip wurde in der Schweiz in den letzten Jahren vernachlässigt. In früherer Zeit spielte der Wohnungsbau der Gemeinden eine viel grössere Rolle. In 15 wichtigen Städten wurden 1919 57 Prozent aller erstellten Wohnungen von der Gemeinde gebaut, 1920 28 Prozent. In sieben Städten, in Zürich, Basel, Bern, St. Gallen, Biel, Thun und Burgdorf betrug der subventionierte Bau von Wohnungen 1919—1927:

	Absolut	In Prozent		Absolut	In Prozent
1914/18	88	1,7	1923	727	30,8
1919	32	3,2	1924	1,095	27,9
1920	726	48,1	1925	724	20,9
1921	1,443	69,5	1926	1,266	31,5
1922	1,037	65,6	1927	1,267	25,7

Damals war allerdings die Lage etwas anders. Da die private Bautätigkeit mehrere Jahre hindurch aussetzte, herrschte ein grosser Wohnungsmangel, zu dessen Bekämpfung Bund, Kantone und Gemeinden einschreiten mussten.

Die statistische Uebersicht über die Bautätigkeit der letzten zehn Jahre bringt noch weitere interessante Erscheinungen. Die Entwicklung war in den einzelnen Gemeinden recht verschieden. Zum Vergleich seien hier einige Städte angeführt.

	Neuerstellte Wohnungen auf 1000 Einwohner				
	1927	1929	1931	1933	1935
Zürich (neues Stadtgebiet) .	11,7	14,0	14,5	6,6	5,4
Basel . . . . .	9,2	13,5	11,9	11,6	6,0
Genf (Aggl.) . . . . .	3,3	6,5	17,8	7,6	7,1
Bern . . . . .	7,5	4,6	6,4	11,7	5,9
Lausanne . . . . .	6,6	5,1	14,9	16,4	6,9
St. Gallen . . . . .	0,4	0,3	0,7	2,0	1,4
Winterthur (Aggl.) . . . . .	4,8	7,5	6,6	3,2	2,7
Luzern . . . . .	4,9	4,4	14,7	5,1	8,2
Biel . . . . .	7,5	8,4	11,2	6,2	1,8
La Chaux-de-Fonds . . . . .	1,2	5,0	1,4	0,0	0,2
Neuenburg . . . . .	1,8	2,2	7,8	6,7	7,3
Freiburg . . . . .	2,5	1,4	4,2	7,0	6,1
Schaffhausen . . . . .	1,9	3,5	5,1	1,8	1,6
Thun . . . . .	5,5	3,5	6,9	7,0	3,7
Lugano . . . . .	5,4	7,9	4,7	8,4	4,9
Herisau . . . . .	—	0,4	0,1	1,3	0,1
Vevey . . . . .	0,2	3,8	3,9	21,6	3,6
Le Locle . . . . .	0,7	7,6	1,7	0,2	0,1
Aarau . . . . .	3,0	6,0	5,3	5,4	5,4
Rorschach . . . . .	0,1	0,2	0,6	0,9	2,1
Köniz . . . . .	11,6	8,0	5,4	11,5	7,4
Grenchen . . . . .	3,2	8,9	3,9	0,7	0,5

1935 war die Bautätigkeit recht gross in Luzern und in Freiburg. Sehr niedrig ist sie nun schon Jahre hindurch in den Krisenzentren, zum Beispiel in St. Gallen, in Herisau, in Le Locle und in La Chaux-de-Fonds.

Die Durchschnittsgrösse der Wohnhäuser veränderte sich. Die Zahl der Wohnungen pro Gebäude betrug in 382 Gemeinden (1926—1930 342 Gemeinden):

	Großstädte	Uebrige Städte	Uebrige Gemeinden	Total
1926	3,2	2,6	1,6	2,2
1927	3,9	2,3	1,7	2,5
1928	4,1	2,5	1,5	2,5
1929	3,8	2,5	1,7	2,6
1930	5,0	2,7	1,7	2,8
1931	4,9	3,7	1,8	3,1
1932	5,9	3,6	1,7	3,3
1933	4,3	3,6	1,5	2,7
1934	4,4	3,7	1,5	2,8
1935	4,4	3,1	1,4	2,5

Die durchschnittliche Wohnungszahl pro Wohnungsgebäude stieg bis 1932 ununterbrochen. Es war dies die Zeit der grossen Häuserblockbauten. Nachher sank die Zahl wieder. Die Senkung wurde vor allem durch den relativ kleineren Rückgang der Einfamilienhäuser verursacht. Der Anteil der Einfamilienhäuser hat seit 1932 zugenommen, wie dies folgende Tabelle zeigt. Von 100 Wohnungen waren in 382 Gemeinden (1926—1930 342 Gemeinden) Einfamilienhäuser:

	Großstädte	Uebrigc Städte	Uebrigc Gemeinden	Total
1926	15,3	16,2	35,1	22,7
1927	9,6	21,3	32,5	19,3
1928	9,0	18,6	37,0	19,6
1929	11,8	18,5	33,3	19,2
1930	6,2	15,4	32,3	16,0
1931	7,8	10,3	29,3	14,6
1932	4,6	12,0	35,4	14,4
1933	10,1	12,8	40,8	19,6
1934	10,1	12,3	42,7	19,7
1935	10,5	16,6	46,9	23,1

Interessant ist auch die Entwicklung der durchschnittlichen Zimmerzahl. Sie nahm ab. 1926 betrug der Durchschnitt noch 3,6 Zimmer pro Wohnung, 1934 nur noch 3,1 und 1935 3,2. Besonders stark war die Abnahme in den Großstädten. Die Durchschnittszahl ging in den 10 Jahren von 3,4 auf 2,6 zurück. Mit abnehmender Ortsgrösse nimmt in der Regel die durchschnittliche Zimmerzahl pro Wohnung zu.

Das Schwergewicht lag in der ganzen Bauperiode bei den kleinen Wohnungen, bei den Wohnungen mit 1—3 Zimmer, wie dies folgende Tabelle der Neubauten in 382 (1926—1930 nur 342) Gemeinden zeigt:

	Von 100 Wohnungen hatten Zimmer:				Von 100 Wohnungen hatten Zimmer:		
	1—3	4—5	6 und mehr		1—3	4—5	6 und mehr
1926	54,1	38,3	7,6	1931	62,8	31,4	5,8
1927	59,1	34,6	6,3	1932	66,4	28,7	4,9
1928	57,3	36,0	6,7	1933	65,3	29,9	4,8
1929	55,5	38,1	6,4	1934	65,9	29,0	5,1
1930	60,3	34,1	5,6	1935	63,5	30,4	6,1

Die Bedeutung der Kleinwohnungen nahm allerdings in letzter Zeit wieder etwas ab, was wohl vor allem auf den Rückgang der subventionierten Wohnungen und auf die Abnahme der kommunalen Bautätigkeit zurückgeführt werden kann. Und doch wurden nicht zuviele Kleinwohnungen gebaut. Durch den Druck der Wirtschaftskrise mussten manche Familien ihre früheren grösseren Wohnungen verlassen und in kleinere umziehen. Die Nachfrage nach Kleinwohnungen ist daher eher grösser geworden. In einigen Orten ist denn auch in der Tat schon ein eigentlicher Mangel an billigen Arbeiterwohnungen aufgetreten.

Leider besitzen wir genauere statistische Untersuchungen über die Zahl der Leerwohnungen nur für die Großstädte, die in dieser Frage heute nicht repräsentativ sind, da das Ansteigen der Leerwohnungsziffern in den grösseren Städten vor allem darauf beruht, dass die Einwanderung in die Städte kleiner geworden ist. In einzelnen Fällen, zum Beispiel in Zürich, ist sogar ein Wanderungsverlust zu beobachten. Aus dem vorhandenen Zahlenmaterial für die Städte Zürich und Bern lassen sich jedoch einige interessante Schlüsse ziehen. Am 1. Dezember 1935 betrug die Leerwohnungsziffer in Zürich 3,5 Prozent. Die typischen Arbeiterquartiere lagen fast alle beträchtlich unter dem Durchschnitt; Aussersihl verzeichnete eine Leerwohnungsziffer von 2,5 Prozent, Altstetten ebenfalls 2,5 und Oerlikon 2,9 Prozent. Die gleiche Beobachtung kann auch in Bern gemacht werden. Die Leerwohnungsziffer der Viertel mit billigen Arbeiterwohnungen bewegt sich meist zwischen 2—2,5 Prozent, während der städtische Durchschnitt 3,6 Prozent beträgt. Im übrigen ist bei den Kleinwohnungen die Leerwohnungsziffer relativ tief. In Zürich beträgt der Gesamtdurchschnitt 3,5 Prozent, bei den Zweizimmerwohnungen jedoch nur 2,4 Prozent und bei den Ein- und den Dreizimmerwohnungen 3,3 Prozent, während bei den 4—5 Zimmerwohnungen über 4 Prozent der Wohnungen leerstehen.

Die Verlegung des Schwergewichts der Bauten auf die grösseren Wohnungen entspricht durchaus nicht den Nachfrageverhältnissen. Der Bau billiger Arbeiterwohnungen darf nicht vernachlässigt werden. Die Erfahrung zeigt, dass dieser selten von der spekulativen Bautätigkeit unternommen wird, weil die Rendite zu klein ist. Bund, Kantone und Gemeinden sollten hier einspringen. Die Förderung des Baues billiger Kleinwohnungen wird nicht nur von grosser Bedeutung für den Arbeitsmarkt sein, sondern sie kann auch zur Verhütung einer zukünftigen Mietpreissteigerung der Kleinwohnungen beitragen. Bei längerer Dauer der Baukrise wird sich bei den billigen Kleinwohnungen sehr rasch ein Wohnungsmangel zeigen. Wie falsch es ist, von einer allgemeinen Ueberproduktion an Wohnungen zu sprechen, zeigt auch eine Untersuchung über den Leerwohnungsbestand in den Vororten Zürichs. Einige dieser Vororte verzeichnen recht niedrige Leerwohnungsziffern, so zum Beispiel Kilchberg nur 0,6, Schlieren 2,0, Zollikon 2,6 Prozent.

---

## Arbeiterbewegung.

### Bau- und Holzarbeiter.

Nachdem der Bau- und Holzarbeiterverband den Vorschlag der interkantonalen Einigungsstelle abgelehnt hatte, kam eine direkte Abmachung zwischen dem Schweizerischen Baumeisterverband und dem Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverband zustande, der für die Arbeiterschaft etwas günstiger ausfiel als der ursprüngliche Vorschlag der Einigungsstelle.

Im Lohnkonflikt der **Anschläger** in Zürich suchte der Stadtrat zu vermitteln. Seinem Vorschlag, der einen Lohnabbau von 10 Rappen enthielt, stimmten die Anschläger zu, um dadurch eine Arbeitsniederlegung zu vermeiden. Die Unternehmer lehnten jedoch den Vermittlungsvorschlag des Stadtrates ab. Sie scheinen somit eine noch weitere Lohnsenkung zu beabsichtigen.

Die **Parkettleger** Winterthurs traten am 11. Mai in den Streik, da die Unternehmer ihre Forderungen nicht annahmen. Die Parkettleger waren zu kleinen Konzessionen bereit, verlangten aber, dass der neue Tarifvertrag mindestens bis zum Frühjahr 1937 Gültigkeit haben sollte. Der Streik konnte nach einigen Tagen durch die Vermittlung des kantonalen Einigungsamtes wieder beigelegt werden.

Den **Holzarbeitern** in Zürich wurde von den Verbänden der Schreiner-, Glaser- und Tapezierermeister ein Lohnabbau auf den 8. Juni angekündigt. Die Unternehmervverbände haben mit der Aussperrung gedroht. Der Bau- und Holzarbeiterverband hat beschlossen, den Vorschlag der Meisterverbände ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

### Metallarbeiter.

Am 8. Mai legten in der Karosserieabteilung bei **Saurer** in **Arbon** 150 Arbeiter die Arbeit nieder, um dadurch gegen den fortgesetzten Akkordlohnabbau und gegen das Missfallen erregende Benehmen einiger Vorgesetzten zu protestieren. Sie blieben bei ihren Arbeitsplätzen und zeigten dadurch ihren Willen, bei Berücksichtigung ihrer Forderungen wieder zu arbeiten. Von der Direktion wurden am nächsten Tag einige Zusicherungen gemacht, so dass die Arbeit wieder aufgenommen wurde.